



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die polnische Frage in Verbindung mit der sächsischen auf dem wiener
Congreß. 2.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die polnische Frage in Verbindung mit der sächsischen auf dem wiener Congreß.

Geschichte Rußlands und der europäischen Politik in den Jahren 1814 bis 1831.
Von Theodor v. Bernhardi. Erster Theil. (Staatengeschichte der neuesten Zeit. 7. Band.) Leipzig, S. Hirzel. 1863. 543 S.

2.

Durch die im vorigen Abschnitt geschilderte unerwartete Wendung im Gang der preußischen Politik verschoben sich alle bis dahin eingeleiteten Verhältnisse, und die allgemeine Lage erlitt eine wesentliche Verschlimmerung. Besonders zeigten sich die Vertreter Englands verstimmt, da ihr Plan, ein mitteleuropäisches Bündniß, unabhängig von Frankreich zu bilden, gescheitert war. Ihr Mißmuth wurde durch Talleyrand gesteigert, indem dieser Preußens jetzige Bereitwilligkeit, in der polnischen Frage für Rußland zu stimmen, geradezu als „Verrath“ und Castlereagh als von Hardenberg „dupirt“ bezeichnete. Die Folge war, daß die britischen Diplomaten jetzt bedauerten, sich durch ihre frühern Zusagen in Betreff Sachsens „compromittirt“ zu haben, und daß sie sich nach andern Verbündeten umsahen. Sie begannen sich nun Frankreich zu nähern. Dasselbe geschah mehr und mehr von Seiten Oesterreichs, doch dachte Metternich nur mit geringer Zuversicht und halbem Willen an ein Bündniß mit den Bourbonen. Desto eifriger ging Bayern in dieser Richtung vor, welches schon seit den Tagen Ludwigs des Vierzehnten gewöhnt war, sich mit Frankreich dynastischer Interessen halber gegen Deutschland zu verschwören, und dessen Minister Montgelas selbst in dem Augenblick, wo sein Gebieter sich kurz vor der leipziger Schlacht dem Bunde gegen Napoleon anschloß, den französischen Gesandten damit getröstet hatte, daß Bayern seinen alten Bundesgenossen jenseits des Rheins doch wieder brauchen werde, sobald nur der Friede wieder hergestellt sei.

So vereinigte sich Vieles, um Frankreichs Einfluß auf dem Congreß zu erweitern, und vor Talleyrand, dem vor kurzem noch Gemiedenen, öffnete sich ein weites Feld vielversprechender Thätigkeit. Er brauchte sich jetzt nicht mehr

darauf zu beschränken, ein Bündniß mit England zu gewinnen, seine Aufnahme in die entscheidende europäische Conferenz und die Erhaltung Sachsens zu verlangen, um Frankreich mittelbar zum Beschützer aller Kleinstaaten im Herzens Europas hinzustellen. Er hoffte nun schon Preußen wie Oestreich vom Rhein fernhalten und die dort herrenlos gewordenen Gebiete, besonders die auf dem linken Ufer, ausschließlich an die kleinen deutschen Fürsten bringen zu können, die Ursache hatten, Frankreich zu fürchten, und denen man als Entgelt für gehörige Fügsamkeit Schutz gegen die deutschen Großmächte und unter Umständen selbst Vergrößerung auf deren Kosten versprechen konnte.

Ja Frankreich hoffte, wie ein von Bernhardi in ausführlicher Analyse mitgetheilter sehr merkwürdiger Artikel der „Quotidienne“ vom 7. November 1814 zeigt, noch weit mehr. Es dachte an einen deutschen Bund ohne Oestreich und Preußen, selbstverständlich mit dem Hintergedanken, daß derselbe auf einen neuen Rheinbund hinauslaufen müßte.

An der Verwirklichung dieser Pläne arbeiteten nun auch Metternich und Castlereagh, der Oestreicher, obgleich er sie bald durchschaute, ja, wie wir sehen werden, aus verkehrter Feinheit gerade deswegen, der Brite aus einfacher Bornirtheit. Doch waren beide zunächst noch nicht fügsam und entschlossen genug, da beide und vorzüglich der östreichische Staatskanzler nicht ohne Sorge vor einem Kampf mit Rußland und Preußen waren, bei dem Oestreich von dem bourbonischen Frankreich nur einen sehr mäßigen Beistand zu erwarten hatte. Besser zufrieden konnte Talleyrand mit dem Vertreter Bayerns, dem Helden von Hanau sein, der in geräuschvollem Gepolter jedem, der Sachsen retten wollte, die ganze Macht seines Herrn zur Verfügung stellte. Auch andere Vertreter deutscher Kleinstaaten, durch den Zwist der Großen etwas weniger unwichtig geworden und alle voll Neid und Haß gegen Preußen, hätten sich benutzen lassen. So Münster, in dessen Kopf ein neuerdings wieder laut gewordenes Welfenreich spukte, so Hans v. Gagern, der einen Theil der Rheinlande dem beabsichtigten deutschen Staatenbunde zu Gunsten der Niederlande zu entfremden für patriotische Pflicht hielt, und so der König von Württemberg, der noch während des Winterfeldzugs in Frankreich mit Napoleon Briefe gewechselt und dem französischen Imperator im Voraus zu seinem „heureux retour“ nach Deutschland niederträchtiger Weise Glück gewünscht hatte, und der eifrig bemüht war, sich von der Verpflichtung, in die Organisation Deutschlands als eines Ganzen zu willigen, loszumachen.

Strebten auch die übrigen Rheinbundsregierungen nicht mit demselben Eifer jedem möglichen deutschen Bunde zu entgehen, so zeigten sich doch alle voll von jenem Haß und Neid gegen Preußen, den schuldbeladenen Staat, der arge Frevel verübt habe — zwar nicht gegen ein gemeinsames deutsches Vaterland; denn das kannten sie nicht — wohl aber gegen das, was sie „göttliche und

„menschliche Rechte“ zu nennen beliebten. Es war unter diesen Regierungen keine einzige, welche nicht mit Napoleons Hilfe ehemals gleichberechtigte Mitstände im Reich zu ihren Vasallen gemacht hätte — die Vereinigung eines in ehrlichem Kriege eroberten Landes mit Preußen aber war nach ihnen ein Verbrechen gegen Gott und Menschen.

In rascher Folge erschienen eine Menge gegen Preußen gerichteter Zeitungsartikel und Flugschriften, die meist in einem Tone energischer Gemeinheit gehalten waren, der allen Glauben übersteigt, und unter denen die im Auftrag des bayerischen Ministers Montgelas von einem früheren Spion Napoleons in Deutschland, dem Freiherrn v. Aretin schmutzigen Angedenkens verfaßten als vor allen niederträchtig glänzten.

Die Aufregung, die sich so in Schrift und Rede kundgab, steigerte sich, als in Wien die Nachricht eintraf, die Verwaltung Sachsens sei von Repnin am 8. November preußischen Bevollmächtigten übergeben worden. Die Sache war ganz in der Ordnung; denn sie gründete sich auf ein früheres Uebereinkommen Rußlands und Preußens, dem England und Oestreich beigegeben hatten. Nichtsdestoweniger schrien die Vertreter der Rheinbundsstaaten, die ganz unbetheiligt waren, darüber als über eine neue grauenvolle Rechtsverletzung, und kam es in den allgemeinen Angelegenheiten auch zuletzt auf die Großmächte an, so war die feindselige Stimmung dieser untergeordneten Kreise doch nicht ganz ohne Bedeutung. Für Talleyrands Pläne auf die Gestaltung Deutschlands war sie sogar von großem Werth; denn hier war gerade dieser unsaubere Geist Bedingung des Gelingens.

Neben dieser leidenschaftlich bewegten diplomatischen Thätigkeit hinter den Coullissen blieb die formelle amtliche Arbeit des Congresses, der am 2. November eröffnet worden, in Wirklichkeit zunächst nur ein leeres Scheinwesen, und selbst die Conferenzen des „Comités der Acht“, des Ausschusses der leitenden Mächte, wurden zur bloßen Formsache; denn auch diese Centralbehörde des Congresses hatte nichts weiter zu thun, als festzustellen und zu registriren, was außerhalb ihrer Sitzungen in geheimen Besprechungen oder in besonderem Schriftwechsel von Cabinet zu Cabinet zum Beschluß geworden war. Sogar die Denkschriften, welche die Mächte im Verlauf der Verhandlungen an einander richteten, waren fast nur der darin angekündigten Absichten halber wichtig und beachtenswerth, viel weniger, wie Bernhardi mit Recht gegen ein berühmtes und bändereiches Werk hervorhebt, wegen der Gründe, mit denen man seine Forderungen rechtfertigte. „Zu Wien,“ sagt er, „wie überall im Leben wurde der Lauf der Dinge nicht durch abstracte Doctrin und objective Anschauungen bestimmt, sondern durch die lebendigen Leidenschaften der Menschen und streitende, wohl oder übel verstandene, immer aber sehr reale Interessen“, und jene Gründe wurden meist in Advocatenmanier nachträglich, den be-

reits feststehenden, davon unabhängigen Entschlüssen entsprechend zusammen-
gesucht.

Jene Unterhandlungen der Hauptmächte unter sich, außerhalb der formellen Thätigkeit des Congresses, von denen die Entscheidung der europäischen Fragen eigentlich abhing, führten inzwischen immer weiter auseinander, wenn auch nicht so weit, als Talleyrand wünschen mußte.

Castlereagh hatte die russische Widerlegung seiner Denkschrift über Polen am 5. November beantwortet. Er sagt in seiner neuen Note, vertragsmäßige Verpflichtungen könnten durch spätere nicht vorhergesehene Erfolge nicht aufgehoben werden, und so gäben die neuesten Erwerbungen Oestreichs und Preussens dem Kaiser Alexander kein Recht, die Verträge von Kalisch und Reichenbach als nicht mehr gültig zu betrachten und allein ohne die Zustimmung jener Mächte über das polnische Gebiet zu verfügen. Letztere müßten in ihrem eignen wie in Europas Interesse eine genügende militärische Grenze im Osten haben. Der persönliche Charakter des Kaisers gewähre keine Bürgschaft für dauernde Verhältnisse, am wenigsten, wenn die Lehre aufgestellt werde, daß selbst ein so feierlicher Vertrag, wie der von 1797, das Versprechen, Polen niemals wiederherzustellen, durch den nächsten Krieg aufgehoben wäre. Schließlich bemühte sich Lord Castlereagh nachzuweisen, daß die geringen Abtretungen, welche Alexander den Oestreichern anbiete, nicht genügten, seine zu Reichenbach eingegangnen Verpflichtungen zu erfüllen, wobei die Note, indem sie behauptete, der Ertrag der Salzwerke von Wieliczka sei in der russischen Denkschrift viel zu hoch angegeben, einen Wink fallen ließ, nach welchem Alexander die Berechnungen und Rathschläge des Verfassers jener Denkschrift (Czartoryski) mit mehr Vorsicht aufnehmen sollte.

Noch entschiedener als durch diese englische Note fühlte Alexander sich beleidigt durch das von Metternich am 7. November an Hardenberg gerichtete Schreiben, welches in aller Form läugnete, daß Oestreich der russischen Regierung hinsichtlich Polens die Anerbietungen gemacht habe, auf die sich Alexander jetzt beriefe. In Betreff des sonstigen Inhalts dieser Note sollte Metternich bald sich selbst widersprechen. Castlereagh nämlich äußerte jetzt, Preußen müsse nun die Vermittelung übernehmen, da Alexander gegen ihn zu sehr erbittert sei, zugleich aber ließ er geschehen, was Preußen zu festerm Anschluß an Rußland führen mußte. In einer Unterredung, die er und Hardenberg am 11. November mit dem östreichischen Staatskanzler hatte, fragte er letztern, was er für Absichten in Bezug auf Mainz habe. Metternich antwortete: Mainz sei den Bayern versprochen, und ohne sich bitterem Tadel auszusetzen, könne er weder die polnische noch die sächsische Sache aufgeben — er, der früher beide aufgegeben hatte und zwar gleichzeitig jede der beiden für die andere! Jetzt meinte er, daß dem König von Sachsen wenigstens eine halbe Mil-

lion Einwohner mit Dresden verbleiben müsse. Castlereagh widersprach nicht, Hardenberg aber lehnte jede Theilung Sachsens und ebenso die Uebergabe von Mainz an Bayern ab, wogegen er sich bereit erklärte, die Vermittelung mit Rußland zu übernehmen.

In einem amtlichen Schreiben vom 14. November forderte Metternich den preußischen Staatskanzler auf, von Rußland eine Erklärung zu erwirken, auf welche Grenzen es in Polen bestehe und welche Bürgschaften es für Erhaltung der Ruhe bieten könne, falls das russische Polen eine Verfassung erhalte. Hardenberg war dazu bereit, obwohl es eine undankbare Rolle war, in der man Gefahr lief, nach keiner Seite hin zu befriedigen.

Der Gedanke an eine Theilung Sachsens trat jetzt immer entschiedener in den Vordergrund. Nicht blos Oestreich, sondern auch Talleyrand (der sie als Gebietsabtretung, zu der sich der König von Sachsen herbeilassen könne, aufgefaßt haben wollte), Münster und Breda waren dafür, und zwar, wie wir sogleich sehen werden, nicht ohne ziemlich gute Gründe. Die Theilung eines Gebiets, welches lange Zeit ein organisches Ganze gebildet, mußte viele und bedeutende Interessen der Bewohner desselben verletzen, und so waren beide Parteien, die sich in Sachsen gegenüberstanden, darüber einig, daß eine Zerreißung des Landes nicht wünschenswerth sei. Die Deutschgesinnten, deren Vaterlandsliebe sich auf das Land bezog, waren unter der Voraussetzung, daß es beisammenblieb, mit seiner Einverleibung in Preußen zufrieden. Die an Zahl jedenfalls schwächere Hospartei, für welche die Dynastie Hauptgegenstand der Pietät war, verlangte natürlich den Glanz des sächsischen Hauses ungeschmälert wiederhergestellt zu sehen. Die Gegner Preußens wollten die Theilung im Hinblick auf die Unzufriedenheit, die sie hervorrufen mußte, und die mit gewissen Berechnungen für die Zukunft in Verbindung stehen mochte. Man hoffte aber damit unhaltbare Verhältnisse zu schaffen, wie Kaiser Franz in einem Gespräch mit Karl August von Weimar deutlich verrieth. Letzterer setzte die Nachteile auseinander, welche für das Land aus einer Zertrennung erwachsen müßten. Franz tröstete: die beschlossene Theilung sei doch das Beste; der Großherzog verstehe das nicht, gerade wenn das Land getheilt würde, komme es am ersten wieder zusammen.

Preußen lehnte die Theilung ab, indem es sich auf die Interessen des Landes berief, und bot dem König Friedrich August eine Entschädigung in Westphalen. Die russischen Staatsmänner erklärten in dem liberalen Sinn ihres Kaisers: da nun einmal Jemand verletzt werden müsse, sei ein Unheil, welches die Dynastie betreffe, jedenfalls dem Unglück des Landes vorzuziehen. Auch Alexander schien fest in seinem Entschluß, und da von Rüstungen Frankreichs, von Truppenbewegungen in Oestreich die Rede war, ließ auch er es nicht an Demonstrationen fehlen. Namentlich wurde eine Vermehrung der polnischen

Armee angekündigt, eine Maßregel, die am entschiedensten befundete, daß Rußland nicht gesonnen war, auf Polen zu verzichten.

Daß indeß der Kaiser von Rußland nicht so fest entschlossen war, als es schien, zeigt ein Gespräch, das er um diese Zeit mit dem sehr kriegerisch gesinnten Schwarzenberg hatte. Aufgefordert, ohne Rückhalt zu sprechen, hatte dieser erklärt: Rußlands Verfahren gegen Oestreich sei nicht ganz loyal, seine Ansprüche gefährdeten Oestreich und würden bald einen neuen Krieg herbeiführen. Da rief der Kaiser in einem unbewachten Augenblicke aus: „Wenn ich mich nur weniger tief eingelassen hätte. Aber wie kann ich mich wieder losmachen? Sie sehen selbst: wie die Sachen jetzt stehen, kann ich unmöglich zurück.“

So sprach der getreue Freund Friedrich Wilhelms nicht volle acht Tage nachdem er jene zu Ende unseres ersten Abschnitts geschilderte gefühlvolle Scene mit dem König von Preußen hervorgerufen hatte.

Ein Gespräch mit Talleyrand zeigte dann wenig später (am 14. November) etwas deutlicher, daß Alexander nur seine Verpflichtungen hinsichtlich Sachsens meinte, wenn er sich so weit eingelassen zu haben beklagte. Die Rede kam hier sehr bald von Polen auf Sachsen, und Talleyrand machte geltend, daß es sich hier für den König von Frankreich nicht bloß um eine Familienangelegenheit, sondern vielmehr um ein erhabenes Princip, um die Interessen aller Könige, um die heiligsten Interessen Alexanders selbst handele. — Alexander wendete ein, er spreche stets von Principien, aber es sei auch ein Princip, daß man sein Wort halten müsse. Talleyrand wußte Rath; er belehrte den Kaiser, daß es Verpflichtungen in verschiedenen Abstufungen gebe; die, welche der Kaiser beim Uebergang über den Niemen gegen Europa übernommen, müßten alle andern weit überwiegen. Dem Einwurf, daß der König von Sachsen als Treubruchiger keine Theilnahme verdiene, wußte er mit der Bemerkung zu begegnen, daß jener gegen Rußland im Frühjahr 1813 gar keine Verpflichtungen übernommen habe; nur gegen Oestreich, und Oestreich klage nicht, daß er dieselben verletzt habe.

Im weitern Verlauf der Unterredung sprach Alexander die Hoffnung aus, daß die zur Zeit schwebenden Angelegenheiten schließlich zu einer Annäherung zwischen Rußland und Frankreich führen würden, und fragte, wie der König in dieser Beziehung gesinnt sei. Der König, erwiderte Talleyrand, werde nie die Dienste vergessen, die der Kaiser ihm geleistet habe, aber er habe auch Pflichten als Souverän eines großen Reichs und als Haupt einer der ältesten und mächtigsten Dynastien. Er könne das sächsische Haus nicht verlassen. Er werde, falls dies nöthig, protestiren, und Spanien, Bayern sowie andere Staaten würden desgleichen thun.

Alexander scheint die erhabenen politischen Grundsätze des französischen Botschafters nicht für unerschütterlich gehalten zu haben; denn er schlug dem

Vertreter der Bourbonen, der Legitimität und des göttlichen Rechts — „einen Handel“ vor. „*Ecoutez, faisons un marché!*“ — „Seien Sie liebenswürdig gegen mich in Bezug auf Sachsen, ich werde es gegen Sie sein in Betreff Neapels. Ich habe keine Verpflichtungen nach dieser Seite.“ Talleyrand wendete nicht, wie man von so vornehmer Tugend erwarten sollte, die Unmöglichkeit ein, Grundsätze zu verkaufen. Er berief sich nur auf das Princip der Legitimität und erwiderte, was der Kaiser biete, könne nicht als Aequivalent, als Zahlung oder Tauschobject angenommen werden, da es sich von selbst verstehe. Und jetzt verrieth der Kaiser, daß es ihm nicht unwillkommen wäre, wenn seine Verpflichtungen gegen Preußen hinsichtlich Sachsens sich auflösen oder einschränken ließen. „Nun gut,“ sagte er, „so bewegen Sie Preußen, mir mein Wort zurückzugeben.“ Talleyrand entgegnete, er verkehre sehr wenig mit den Preußen; der Kaiser selbst aber könne sehr leicht das Gewünschte bewirken und sie zufriedenstellen, indem er ihnen in Polen etwas mehr einräume. „Ein seltsamer Ausweg, den Sie mir vorschlagen!“ bemerkte Alexander. „Sie wollen, ich soll mich selbst berauben, um jenen zu geben.“

Zum Schluß erklärte der französische Diplomat, daß er auf Erhaltung des Königreichs Sachsen mit einem Gebiet von einer Million sechsmalshunderttausend Einwohnern bestehen müsse, worauf Alexander zwar andeutete, daß er damit einer bereits entschiedenen Sache widerspreche, aber das Wort „entschieden“ nicht im Tone eines unwiderrüflichen Beschlusses aussprach. So hatte es denn Talleyrand dahin gebracht, daß der Wunsch nach einer Annäherung zwischen Rußland und Frankreich zuerst von Seiten jener Macht ausgesprochen wurde, und daß man ihm von daher Anerbietungen machte, die er als selbstverständlich und ohne daß ein Gegendienst verlangt werden dürfe, in Anspruch nehmen konnte. Und zwar hatte er dabei nur mit einem Protest, nicht, wie man bisher annahm, mit Krieg gedroht, was Frankreich in seiner damaligen Lage durchaus noch nicht wagen konnte.

Während Alexander in solcher Weise errathen ließ, daß hinsichtlich Sachsens mit ihm zu handeln sein würde, hatten auch die Versuche Steins, Hardenbergs und Pozzo di Borgos, ihn in der polnischen Frage nachgiebiger zu stimmen, einigen Erfolg, indem er zwar in Sachen der parlamentarischen Verfassung für Polen festblieb, aber in Bezug auf die Grenzen des neuen Reichs jetzt wenigstens nicht jede Erörterung als unstatthaft zurück wies.

Der Kaiser hatte inzwischen empfunden, daß persönlich diplomatischen Schriftwechsel zu führen ihn persönlichen Verlegungen aussetze, und als die Antwort auf Castlereaghs letzte Note zu ertheilen war, verwies er in derselben den britischen Minister für die Zukunft auf die gewöhnlichen diplomatischen Wege. Zur Sache erwähnte die russische Denkschrift zuvörderst nur früher Gesagtes. Es hieß, der Gewinn, der jedem der verbündeten Staaten in Folge des gemein-

samen Siegs zu Theil werde, müsse den Opfern entsprechen, die er gebracht habe. Dann wurde auf die Anstrengungen hingewiesen, die Rußland gemacht, und versichert, daß der Kaiser seit dem Uebergang über die Oder nicht mehr für sich selbst, sondern für die Interessen seiner Allirten gekämpft habe. Hieran schloß sich der Satz, daß keiner der Verbündeten anstehen würde, dem russischen Reich das Herzogthum Warschau zuzugestehen, wenn sich Europa noch in einem Zustande befände, wie der napoleonische gewesen, und um diesen Preis befreit werden könnte. Uebrigens werde die Vereinigung des ungetheilten Herzogthums mit Rußland im Vergleich mit den gerechten Ansprüchen dieses Staates und mit den Vergrößerungen, die Oestreich, Preußen und vor Allem England erfahren sollten, kaum genügen. Selbst im allgemeinen Interesse Europas schien dann aber auch die Herstellung Polens unter russischem Schutz nach dieser Darstellung geboten; denn es wurde angedeutet, daß man die Einwohner des Herzogthums Warschau nicht der Verzweiflung überlassen und damit der Verführung aussetzen dürfe, wenn die Ruhe des Nordens gesichert sein solle.

Mit überlegener Feinheit wurde abgewiesen, was Castlereagh über die Wiederherstellung eines wirklich unabhängigen Polen vorgebracht. Wenn alle Staaten, sagte die Denkschrift, ihre Eroberungen aufgeben wollten, so würde der Kaiser Alexander kein Opfer scheuen, um desgleichen zu thun. England würde dann der Unabhängigkeit der Nationen sehr große Opfer zu bringen haben. Die andern Staaten schienen indeß dazu nicht aufgelegt, und auch England werde dazu wohl keine Neigung empfinden. Das Gerathenste sei daher, im Interesse der Völker nur das erreichbare Gute zu erstreben.

Der wichtigste Satz der Note Alexanders aber war der in der Einleitung, wo es hieß: Obgleich es Beispiele gebe, daß ein Staat bei veränderten Umständen Verträge auch einseitig für nicht mehr verbindlich erklärt habe, wie namentlich Großbritannien den Frieden von Amiens, so bleibe doch Rußland den getroffenen Vereinbarungen treu, indem es eine freie Berathung eröffne über die Erwerbungen, die es mit Recht zu beanspruchen glaube. Damit nahm die Politik Rußlands eine neue Wendung. Die Verträge von Kalisch und Reichenbach sammt den aus ihnen hervorgehenden Ansprüchen Preußens und Oestreichs sollten nun nicht mehr als durch den unerwarteten Erfolg der russischen Waffen beseitigt, Alexanders Forderungen in Betreff Polens nicht mehr als unbedingte, sondern als Gegenstand von Unterhandlungen angesehen werden. Nur die Vermittelung Englands lehnte der Kaiser auch jetzt noch ab, indem er bemerkte, die Dazwischenkunft eines Vermittlers sei wünschenswerth, wo sie die Geister zu nähern diene; wo dies aber nicht der Fall sei, überlasse man die Parteien besser sich selbst. Dagegen konnte Hardenberg sein undankbares Mittlergeschäft jetzt mit etwas mehr Aussicht auf Erfolg betreiben.

Der preussische Staatskanzler begann in dieser Beziehung mit einer Unter-

redung, die er am 23. November mit Alexander hatte, und in welcher er nach Rücksprache mit Metternich für Oestreich den zamoscer Kreis bis zur Nida, dann Krakau, endlich den ausschließlichen Besitz der Salzwerke von Wieliczka verlangte, wogegen das wiener Cabinet wieder einmal darein willigen wollte, daß Polen eine parlamentarische Verfassung erhalte. Für Preußen beanspruchte Hardenberg die Stadt Thorn und als Grenze die Wartha, Forderungen, die Alexander für zum Theil erfüllbar erklärte. Am 27. November erfolgte eine schriftliche Aeußerung, in der es hieß, der Kaiser wolle „Opfer bringen“, nur müßten alle Streitfragen: Polen, Sachsen und Mainz in Eine Unterhandlung zusammengefaßt werden. Krakau und Thorn sollten neutral und unabhängige Freistaaten wie die Hansestädte werden, Sachsen ungetheilt an Preußen fallen, Mainz künftig eine deutsche Bundesfestung sein, wozu Hardenberg noch die Bestimmungen erreichte, daß Krakau und Thorn unbefestigt bleiben sollten und Mainz vorzugsweise durch Oestreich und Preußen bewacht werden müsse.

Infolge dieser Erklärung durfte man die definitive Ordnung der europäischen Angelegenheiten für wesentlich näher gerückt halten; denn daß Oestreich diese Bedingungen annehmen werde, schien kaum zu bezweifeln. Statt dessen aber nahmen die Dinge eine wenigstens für Hardenberg überraschende Wendung zum Schlimmern, die bis zu Vorbereitungen auf einen Weltkrieg führte. Zunächst beeilte sich der preußische Staatskanzler dem österreichischen das Ergebnis seiner Unterhandlung mit Alexander mitzutheilen, indem er zugleich mittelst einer Verbalnote vom 2. December die Erörterung der sächsischen Frage wieder aufnahm. Er hob darin hervor, daß Preußen, auch wenn es ganz Sachsen erhalte, noch nicht in dem Umfang, den es 1805 gehabt, wiederhergestellt sei, daß Rußland, Oestreich, Bayern, Holland, Württemberg, Baden weit besser bedacht seien, daß Preußen lang auseinandergezogen und mit ungünstigen Grenzen ausgestattet sein solle. Er erinnerte an die Dankbarkeit, die Europa dem preußischen Staate schulde, der die größten Opfer gebracht, und folgerte aus dem Allen, daß Sachsen ungetheilt mit Preußen vereinigt werden müsse. Der Rechtspunkt, so schloß er sehr richtig, sei nicht zweifelhaft. Habe doch der jetzt kriegsgefangene König von Sachsen schon einmal Warschau und den kottbuser Kreis aus der napoleonischen Siegesbeute von 1807 angenommen, und würde derselbe doch auch jetzt kein Bedenken getragen haben, von Napoleon im Fall eines Sieges ein gutes Stück von Preußen als seinen Antheil am Gewinn einzuziehen*).

*) Das mögen sich die Siebenschläfer gesagt sein lassen, die uns Menschen des Jahres 1863 gegenüber wieder das „völkerrechtswidrige Verfahren“ bei der Theilung Sachsens bejammern. Hätte Napoleon die Schlacht bei Leipzig gewonnen, so würde Friedrich August der „Gerechte“ nicht das leiseste sittliche Bedenken getragen haben, die ihm für seine Mit-Grenzboten IV. 1863.

Da Hardenberg sich redlich und nicht ohne Erfolg für Oestreich bemüht, so mußte es ihn überraschen, daß er dafür von Metternich nur Vorwürfe erhielt. Indesß war die Unzufriedenheit des östreichischen Staatskanzlers mit ihm nur eine erheuchelte und lediglich vorgegeben, um eine schon beschlossene neue Wendung in der Politik Oestreichs einzuleiten, welche Wendung sich in den unmittelbar nach jenen Vorwürfen gegen Adam Czartoryski geäußerten Worten Metternichs ankündigte: man sei im Ganzen mit der russischen Erklärung über Polen zufrieden; in Betreff Sachsens müsse man indesß darauf bestehen, daß ein Theil des Landes seinem König zurückgegeben würde.

Hardenberg versuchte, sich aus den Schwierigkeiten, in die er theils durch die Gutmüthigkeit seines Königs dem Kaiser Alexander gegenüber, theils durch die Nachlässigkeit, mit der er versäumt, sich in früheren Verträgen für ausgegebene Ansprüche bestimmten Ersatz garantiren zu lassen, gerathen war, durch einen Schritt herauszuhelfen, den man nur einen höchst unglücklichen, ja geradezu als unbegreiflich bezeichnen kann. Er schrieb am 3. December an Metternich jenes berühmt gewordene Billet, in welchem er mit den Worten: „Retten Sie Preußen aus seinem gegenwärtigen Zustande!“ sich als Schußflehenden auf Gnade und Ungnade in die Arme Oestreichs warf. Das Schreiben schloß mit einer Appellation an den Kaiser Franz, in welchem der Bittsteller „die Geradheit, die Aufrichtigkeit, die Gerechtigkeit selbst“ erblicken wollte, und dem er — man meint in der That statt eines bejahrten Weltmannes einen sentimentalen Obertertianer reden zu hören — zuguterletzt folgende Verse aus dem „Rheinischen Mercur“ zu beherzigen gab:

„Fleuch, Zwietracht, fleuch von unsern Gauen! Weiche
 Du Ungeheuer mit dem Schlangenhaar!
 Es horste auf derselben Rieseneiche
 Der Doppeladler und der schwarze Aar!
 Es sei fortan im ganzen deutschen Reiche
 Ein Wort, ein Sinn, geführt von jenem Paar,
 Und wo der teutschen Sprache Laute tönen,
 Erblühe nur ein Reich des Kräftigen und Schönen.

Dieser Versuch, das Herz der Oestreicher zu rühren, war in diesem Augenblicke aber ganz besonders am unrechten Orte, da Metternich und Castlereagh jetzt fast ganz dem Einfluß Talleyrands verfallen waren. Unter dessen Leitung hatte sich die englische Politik in das gerade Gegentheil dessen verwandelt, was sie früher gewesen, während die östreichische, vorher unsicher umhertastend, jetzt

wirkung bei der beabsichtigten Vernichtung Preußens zugesagten Marken zu acceptiren. Man lasse also die tugendhafte Entrüstung zu Hause und nenne, wenn jener Vasall Napoleons durchaus der Gerechte bleiben soll, auch die ihm für seine Gerechtigkeit von 1807 und 1813 widerfahrne Behandlung eine gerechte.

eine bestimmte Richtung, die Richtung nach dem Ziele Talleyrands erhalten hatte. Was anfangs als die Hauptaufgabe des europäischen Fürstenraths gegolten, wurde jetzt fallen gelassen: man gestattete dem Kaiser Alexander seine bisher für hochgefährlich angesehenen Pläne mit Polen auszuführen. Was Nebensache gewesen war, die Entscheidung in Betreff Sachsens, wurde zur Hauptfrage, und England wie Oestreich traten jetzt entschieden gegen Preußens Ansprüche auf.

Die Gründe für diese Aenderung waren für Castlereagh doppelter Art. Einmal hatte die parlamentarische Opposition in London, mit der in England gewöhnlichen Ankenntniß parlamentarischer Verhältnisse die Bevölkerung Sachsens als eine eigne „Nation“ auffassend, sich empört dagegen geäußert, daß ein Diplomatenverein über die Selbständigkeit einer Nation entscheiden solle. Sodann hatte der Prinz-Regent es Sanscülottismus genannt, die Interessen der sächsischen Dynastie zu vernachlässigen, und Castlereagh war nicht bloß ein mittelmäßiger Kopf, sondern auch eine furchtsame Seele.

Metternichs Motive dagegen erschen wir zum Theil aus einem Wort, welches er um diese Zeit gegen Gagern fallen ließ. „Was Sachsen betrifft,“ sagte er, „so haben wir einen bestimmten Entschluß gefaßt. Oestreich stellt sich an die Spitze der Mächte, die sich weigern. Zunächst aus einem guten Grunde: nämlich um diese Rolle nicht Frankreich zu überlassen.“ D. h. Oestreich dachte, wie noch diesen Tag, seinen Einfluß in Deutschland darauf zu begründen, daß es sich zum Schirmvogt der dynastischen Interessen im Gegensatz zu den nationalen machte, und besorgte nun, Frankreich könne ihm in dieser Richtung den Rang ablaufen, wenn man nicht mit wo möglich noch größerem Eifer für den König von Sachsen in die Schranken trat. Der Eifer, den man dabei entwickelte, mußte durch einen höheren Wärmegrad gut machen, daß er ein verspäteter war.

So lautete die Antwort Metternichs auf jenes bewegliche Schreiben Hardenbergs (10. December) sehr wenig befriedigend für Preußen. Es hieß da, indem man darauf habe verzichten müssen, die wichtigste der Fragen, die in Wien zu lösen gewesen, die in Betreff des Herzogthums Warschau, im Interesse Europas durch Wiederherstellung eines unabhängigen Polens*) oder eine Theilung des Herzogthums zu erledigen, habe Oestreich seine Forderungen dem Wunsche nach Frieden untergeordnet. Nur dürften Thorn und Krakau nicht, zu freien Städten erhoben, unabhängig bleiben, und die Bestimmungen in Betreff der Verfassung, welche das russische Polen erhalten solle, müßten gemeinschaftlich getroffen werden. Die Vereinigung Sachsens mit Preußen, erklärte die Note dann weiterhin, sei durchaus unzulässig, und zwar zunächst wegen der Grundsätze des Kaisers Franz, der Familienbande, der Grenz- und Nachbarverhältnisse, dann

*) Welches gerade Oestreich nie gewollt, nie wollen gekonnt.

aber weil die vornehmsten deutschen Staaten gegen dieselbe seien und sich nur mit Mißtrauen einem Bunde anschließen würden, der auf eine solche Thatfache gegründet wäre. Auch Frankreich widerspreche und könne sich demnach leicht an die Spitze der kleinern deutschen Staaten stellen; dem müsse man zuvorkommen. Zum Schlusse bot er eine Entschädigung Preußens an, der zufolge demselben etwa ein Fünftel Sachsens zufallen und das Fehlende in Polen und am Rhein gesucht werden sollte.

Hardenberg war mit Recht entrüstet darüber, daß Oestreich, nachdem es zuerst unter Bedingungen in die Einverleibung ganz Sachsens gewilligt, dann drei Viertel desselben angeboten, jetzt ohne Anlaß zu einer Sinnesänderung mit solchen Vorschlägen kam. Er legte seinen ganzen Schriftwechsel mit Metternich seit dem 4. October dem Kaiser Alexander vor. Dieser erklärte entschieden, Preußen solle selbst das Maß seiner Forderungen bestimmen, er werde es mit seiner ganzen Heeresmacht unterstützen. Der Briefwechsel zeige, daß Metternich Preußen und Rußland trennen wolle. Die Sache müsse unter den drei Mächten Rußland, Oestreich und Preußen abgemacht werden und zwar schleunig. Selbst von einem Ultimatum sprach er, und — noch an demselben Tage (11. December) hatte er die von Hardenberg erhaltenen Papiere dem Kaiser Franz vorgelegt. Dieser „die Geradheit, die Aufrichtigkeit, die Gerechtigkeit selbst“, mißbilligte das Verfahren seines Ministers dem Anscheine nach sehr entschieden, aber Metternich blieb an der Spitze der Geschäfte und fuhr fort sie wie bisher zu leiten. Ja er war jetzt nur noch eifriger bemüht, Rußland von Preußen zu trennen. Während er Hardenberg zu überreden suchte, seine letzte Note sei keine amtliche, sondern nur eine vertrauliche gewesen (eine Lüge, denn er hatte sie Castlereagh und Talleyrand mitgetheilt), bemühte er sich persönlich zu Alexander, um Hardenberg als Feind Rußlands zu denunciren, zu welchem Zweck er eine Denkschrift des preußischen Ministers aus der Zeit vor dem 6. November übergab, in welcher es hieß: man dürfe jetzt nicht feindliche Maßregeln gegen Rußland ergreifen, sondern müsse nachgeben und die Sicherheit Europas darin suchen, daß man sich in den Stand setze, künftig russischen Unternehmungen zu widerstehen. Preußens Verlangen nach Sachsen sollte auf diese Weise als Vorbereitung zum Kampfe mit Rußland erscheinen, und geheimnißvoll fügte Metternich hinzu, daß er noch mehre Schreiben Hardenbergs besitze, von denen er indeß nicht Gebrauch machen dürfe, da sie Geheimnisse eines Dritten — sollte heißen des Königs von Preußen — enthielten.

Dieser Schritt hatte aber nicht den gewünschten Erfolg; denn Alexander zeigte sich empört, nannte das Verfahren Metternichs einen Act der Treulosigkeit, erklärte, mit einem so unzuverlässigen Menschen nicht mehr unterhandeln zu wollen, und verbot sogar den Mitgliedern der kaiserlichen Familie den Verkehr mit ihm.

Desto besser gefiel Metternichs „vertrauliche“ Denkschrift dem Vertreter Frankreichs, der sie am 19. December ausführlich beantwortete. In dieser Note sagte er sich nach einigen Phrasen von der Uneigennützigkeit Frankreichs förmlich von jedem eignen Antheil an der Ordnung der polnischen Sache los, um die sächsische dafür um so stärker zu betonen. In den Verfügungen, die man hinsichtlich dieses Königreichs habe treffen wollen, seien die Principien der Legitimität sowohl als die Grundlagen des Gleichgewichts aufs äußerste gefährdet. „Um diese Verfügungen als gerecht anzuerkennen, müßte man für wahr anerkennen, daß über Könige Gericht gehalten werden, daß der sie richten könne, der sich ihrer Besitzungen bemächtigen will, daß sie verurtheilt werden dürfen, ohne gehört worden zu sein, daß in ihre Verurtheilung ihre Familie und ihre Völker nothwendig mit einbegriffen seien; daß — die Confiscation, welche alle civilisirten Nationen aus ihren Gesetzbüchern verbannt haben, im neunzehnten Jahrhundert durch das allgemeine Recht Europas geheiligt werden muß“ u. s. w.

Dann meint die Note, das Gleichgewicht sei gestört, wenn Preußen durch ganz Sachsen vergrößert werde; denn dieser Staat erhalte dann eine ganz unverhältnißmäßige Angriffsmacht gegen Böhmen, und inmitten des deutschen Staatenkörpers entstehe für eines der Glieder eine Offensivkraft, die außer allem Vergleich mit der Defensivkraft der übrigen stände. Zum Schluß erklärte Talleyrand, man müsse nicht fragen, wieviel Preußen dem König von Sachsen zurückgeben, sondern vielmehr, wieviel dieser an Preußen abtreten werde, und da scheine in Metternichs Vorschlägen das rechte Maß getroffen.

Eine neue Denkschrift Hardenbergs, die am 20. December dem Fürsten Metternich und Lord Castlereagh zugesendet wurde, lehnte mit Berufung auf die Interessen der Völker jede Theilung Sachsens ab, versprach, um Oestreich zu beruhigen, daß Dresden nicht befestigt werden sollte, und forderte wiederholt, daß Mainz Bundesfestung werde. Zum Schluß schlug diese Note vor, den König Friedrich August mit 700,000 „Seelen“ auf dem linken Rheinufer zu entschädigen — ein Gedanke, den man als einen sehr unglücklichen bezeichnen muß, und der ebenfalls zu den Beweisen gehört, daß auch dem preussischen Staatskanzler in vielen Beziehungen der Blick für die gemeinsamen Interessen Deutschlands mangelte.

Suchte man mit dieser Concession preussischerseits dem Bruch vorzubeugen, so zeigte jezt auch Alexander sich zu weiteren Zugeständnissen bereit, indem er in seinem Cabinet eine Reihe von Artikeln ausarbeiten ließ, von welchen die ferneren Unterhandlungen ausgehen sollten, und in denen er sich anheischig machte, an Oestreich den tarnopoler Kreis mit 400,000 Seelen, sowie die Hälfte der Salzwerke von Wieliczka abzutreten, während Preußen die Prosna als Grenze erhalten sollte. Aber freilich schlossen sich hieran wieder sehr libe-

rale Vorschläge, die im englischen und österreichischen Lager das höchste Mißfallen erregten. Krakau und Thorn zu Republiken erklärt, das Herzogthum Warschau ein constitutionelles Reich, die polnischen Provinzen Oesterreichs und Preußens mit landständischen Verfassungen ausgestattet, Sachsen ganz mit Preußen verbunden, Deutschland ein Bundesstaat, in den einzelnen deutschen Ländern parlamentarische Einrichtungen — das waren Forderungen, welche in Wien wie in London als entschieden revolutionär galten, und so gewann es täglich mehr den Anschein, als sollte der Zwist durch die Waffen geschlichtet werden.

Kaiser Franz, von „seinem Gewissen gedrungen“, dem zarten Gewissen, welches Cobenzls und Thuguts begehrlche Politik geleitet, und welches 1793 das Gebiet des neutralen Venedig als Preis für die Fortsetzung des Kriegs gegen Frankreich verlangt, erklärte jetzt schlanfweg: „Der König von Sachsen muß sein Land wieder haben, sonst schieße ich.“ Alexander seinerseits demonstrierte, nachdem es ihm mißlungen, Talleyrand zu gewinnen, rücksichtsloser wie je gegen die Bourbonen. Talleyrand, welcher zum Entgeld dafür den Liberalismus Alexanders mit beißenden Wigen verspottete, glaubte jetzt den rechten Augenblick gekommen. Er schlug Castlereagh vor, die Rechte des Königs von Sachsen amtlich anzuerkennen und bezeichnete als das sicherste Mittel dazu eine „Convention“ zwischen England, Oesterreich und Frankreich. „Aber ein Bündniß,“ rief Castlereagh erschrocken aus, „setzt einen Krieg voraus oder kann dazu führen! Und unser Auftrag ist, alles Mögliche zu thun, um einen Krieg zu verhüten.“ — Dazu müsse man auch alles Mögliche thun, belehrte Talleyrand, nur nicht die Ehre, die Gerechtigkeit und die Zukunft Europas aufopfern. — Ein Krieg würde aber in England sehr ungern gesehen werden. — Er würde im Gegentheil populär sein, erwiderte der französische Diplomat, wenn man ihm ein großes Ziel von europäischem Interesse gäbe. — Welches? — „Die Herstellung Polens!“

Castlereagh meinte: „Noch nicht“, und Talleyrand kam auf das zurück, was ihm eigentlich am Herzen lag, er sagte, es sei gleichgiltig, wie die Rechte des Königs von Sachsen anerkannt würden, ob durch eine Convention, Noten oder ein Protokoll, nur daß es geschehe, sei wichtig. Castlereagh wich diesmal noch aus, indem er antwortete: „Oesterreich hat die Rechte des Königs von Sachsen anerkannt, Sie haben sie amtlich anerkannt, ich erkenne sie laut an. Ist der Unterschied wohl so groß, daß er einen Act, wie Sie ihn verlangen, nöthig macht?“

Man trennte sich mit dem Beschluß, daß England die Bildung einer „statistischen Commission“ beantragen sollte, deren Aufgabe es wäre, sich genaue Kenntniß von allen zur Verfügung stehenden Gebieten zu verschaffen und dadurch den Unterhandlungen über die Vertheilung eine sichere Grundlage zu geben. Diese Commission wurde wirklich gebildet, und Talleyrand verstand es,

durch hochfahrendes Auftreten den Engländern so zu imponiren, daß sie den anfangs erhobenen Einspruch gegen Zulassung Dalbergs als Vertreters Frankreichs in derselben fallen ließen.

Bei dieser Lage der Dinge konnten die besonderen Conferenzen, zu denen in den letzten Tagen des Jahres 1814 die Repräsentanten der vier gegen Napoleon verbündet gewesenen Großmächte zusammentraten, die sächsische Frage, kaum rasch zur Lösung bringen. Die Wendung aber, welche sie gleich in der ersten Sitzung, den 29. December nahm, war sicher für mehr als einen der Theiligten höchlich überraschend. Metternich eröffnete dieselbe mit einem Vortrag, in welchem er die sächsische Frage für eine europäische erklärte, welche nur mit Zustimmung aller großen Mächte, also auch Frankreichs und — des Königs von Sachsen entschieden werden könne. Hardenberg erwiderte darauf, unter der Voraussetzung, daß Kaiser Franz die Zustimmung des Königs von Sachsen wirklich als unerlässlich verlange, müsse er vor aller weiteren Unterhandlung neue Instructionen von seinem Herrn einholen. Metternich entgegnete, daß England seine Ansicht theile, und siehe da, zu seinem großen Erstaunen läugnete dies Castlereagh, versprach alle billigen Vorschläge Preußens zu unterstützen und erklärte, nie darein zu willigen, daß der König von Sachsen zum Herrn der Frage gemacht werde. Als die Vertreter Rußlands äußerten, daß sie beauftragt seien, alle billigen Forderungen Preußens zu befürworten, fragte Metternich, ob ein besonderes Bündniß zwischen Preußen und Rußland bestehe. Die Antwort lautete der Wahrheit gemäß: Nein. Metternich und Castlereagh verlangten darauf die Zulassung Talleyrands zu den Conferenzen, dieselbe wurde jedoch von den Repräsentanten Preußens und Rußlands als vertragswidrig abgelehnt. So trennte man sich ohne Ergebnis, und ebenso fruchtlos blieben die Conferenzen der beiden folgenden Tage, in denen die obenerwähnten vorläufigen Artikel Alexanders vorgelegt wurden.

Dagegen geschah, was nach der Erklärung Castlereaghs am 29. am wenigsten zu erwarten war: gegen Preußen und Rußland wurde insgeheim ein mächtiger Bund geschlossen, dem auch England beitrat. Hardenberg hatte in einer der Conferenzen geäußert: Preußen werde seine Rechte zu wahren wissen. Castlereagh fühlte sich dadurch verletzt, und Talleyrand wußte diese Empfindlichkeit, welcher die Nachricht von der Beendigung des Kriegs zwischen Großbritannien und Nordamerika mehr Selbstgefühl und Muth verlieh, für seine Zwecke auszubenten. Am 3. Januar 1815 wurden die Artikel dieses Bundes, der zur Abwehr „neuerdings kundgegebener Ansprüche“ geschlossen wurde, und dem später Bayern, Hannover, die Niederlande, Sardinien und Hessen-Darmstadt beitraten, von Metternich, Castlereagh und Talleyrand unterzeichnet. Daß derselbe bloß defensive Zwecke haben sollte, war bloße diplomatische Redensart. Sein eigentlicher Zweck war die Wiedereroberung des

von Preußen besetzt gehaltenen Königreichs Sachsen. Sofort trat eine, natürlich geheim gehaltene Militärcommission zusammen, welche den Feldzugsplan besprechen sollte. Letzterer war bald fertig: ein österreichisch-bayerisches Heer unter Wrede sollte von der Nordgrenze Böhmens in Sachsen einrücken, ein österreichisches Corps, in der Gegend von Teschen aufgestellt, Wien decken, ein französisches vom Rhein durch Franken nach der Elbe vordringen, ein aus Engländern, Niederländern und Hannoveranern zusammengesetztes endlich vom Niederrhein sich gegen die brandenburgischen Marken in Bewegung setzen.

Wie Castlereagh zu diesem Plan die Hand bieten konnte, der nicht gegen Rußlands drohende Uebermacht, sondern gegen Preußen und für Frankreichs Interesse entworfen war, bleibt gänzlich unerklärt. Wie Metternich nicht begriff, daß Frankreichs Heere, einmal wieder siegreich mitten in Deutschland stehend, die Hoffnung des Staatskanzlers auf Bildung eines deutschen Bundes unter Oestreichs Führung vereiteln, daß sie den Rheinbund wiederherstellen mußten, ist ebenfalls schwer zu begreifen. Mit ganz unbedingter Befriedigung konnten nur Wrede und Talleyrand die kriegerischen Aussichten, die sich eröffneten, begrüßen. Jener sah neben den Zielen seines persönlichen Ehrgeizes Erfüllung des Wunsches Bayerns, als europäische Macht anerkannt zu werden, winken. Talleyrand konnte sich bereits wieder schmeicheln, den Rhein als Grenze Frankreich zurückzugewinnen.

Das Schlimmste sollte indeß doch nicht geschehen. Talleyrand und Metternich zwar arbeiteten mit unermüdlichem Eifer daran fort, Preußen gänzlich und selbst von Rußland zu isoliren. Castlereagh aber war endlich zu der Erkenntniß gelangt, daß man in England einen besätigten Frieden, nicht einen neuen Krieg erwartete, und kaum drei Tage nach Unterzeichnung des Bündnisses mit Frankreich und Oestreich begann er mündlich mit dem Kaiser Alexander über Sachsen, von dem er jetzt einen bedeutenden Theil an Preußen übergeben haben wollte, sowie über Polen, wo Rußland noch etwas mehr einräumen sollte, zu unterhandeln. Unmittelbar darauf aber gab er auf Verlangen Rußlands und Preußens als Entgelt für die von ihm und Metternich gewünschte förmliche Anerkennung des Botschafters Frankreichs als stimmberechtigten Mitglieds auch in den besondern Conferenzen über Sachsen seine oft wiederholte Erklärung, „daß man die Frage, wie Preußen durch einen Theil von Sachsen entschädigt werden solle, von der Entscheidung der Mächte und nicht von der Willkür des Königs von Sachsen abhängig machen wolle“, mit großer Bereitwilligkeit zu Protokoll. Widersirebend that Metternich desgleichen, und vergeblich blieben alle Bemühungen, Castlereagh von Neuem umzustimmen, umsonst versuchte sogar Kaiser Franz in unmittelbarer Besprechung den Vertreter Großbritanniens für eine energische Durchführung des Bündnisses zu gewinnen. Ohne Geldhilfe von England konnte Oestreich sich nicht wohl auf einen neuen Krieg ein-

lassen, überdies ließ Fouché jetzt dem wiener Cabinet Nachrichten zugehen, nach welchen im französischen Heere ein den Bourbonen höchst feindseliger Geist herrschte, und zu gleicher Zeit erfuhr man aus Italien, daß dort die Gährung gegen das neue österreichische Regiment täglich zunahm, eine Gährung, die Murat in gefährlicher Weise benutzen konnte, wenn Oestreich anderwärts engagirt war.

So entsagte denn auch dieser Gegner Preußens den kühnen Entwürfen, die das Bündniß anzukündigen schien, und auf die Vorschläge Hardenbergs, die nach Talleyrands Eintritt in die Conferenz, am 12. Januar, nochmals vorgelegt wurden, erfolgte eine Antwort Oestreichs (28. Januar), die zur Verständigung zu führen schien. Metternich bot nunmehr die kleinere Nordhälfte Sachsens mit 782,000 Einwohnern und weitere Entschädigungen zu beiden Seiten des Rheins an. Preußen aber hatte jetzt ebenfalls Ursache, seine Ansprüche zu mäßigen. Nicht etwa, daß das geheime Bündniß der Gegner den preussischen Staatsmännern schon bekannt geworden wäre; denn der Kaiser Franz, der „die Geradheit, die Aufrichtigkeit selbst“ war, wußte diesen Anschlag den beiden Monarchen, die als seine Gäste in seiner Burg unter einem Dache mit ihm wohnten, mit treuherzigster Gemüthlichkeit zwei ganze Monate zu verbergen. Aber Alexander war in demselben Maße, in dem er bemerkte, daß Niemand mehr an Vereitelung seiner polnischen Pläne dachte und daß die Anstrengungen Oestreichs und der Westmächte jetzt lediglich gegen Preußen gerichtet waren, lauer in seiner Unterstützung des letzteren geworden. Vergebens suchte Stein ihn zur Ausdauer zu bestimmen, und von nun an war die Theilung Sachsens eine ausgemachte Sache. Alexander empfahl dem preussischen Staatskanzler, sich mit Castlereagh über einen dahin gehenden Plan zu verständigen, ehe er ihn der Conferenz vorlegte. Diese Verständigung kam im Wesentlichen zu Stande, und als es sich nur noch um Leipzig handelte, welches der britische Diplomat nicht zugestehen wollte, bot der russische Kaiser Thorn als Ersatz dafür.

Von solchen Verhältnissen beherrscht, trat Hardenberg am 8. Februar mit einem neuen Entwurf vor die Conferenz, durch welchen 855,000 Einwohner von Sachsen an Preußen kamen, das preussische Staatsgebiet überhaupt seine heutige Gestalt erhielt und zugleich die Gebietsverhältnisse Hannovers und der Niederlande geregelt wurden, und nur zwei Tage später erfolgte in förmlicher Erklärung die Annahme dieser Vorschläge durch Oestreich.

Auch die übrigen Gebietsvertheilungen waren nun leicht zu erledigen. Von Polen war nur noch die Rede, um Alexanders Forderungen gut zu heißen. Talleyrand hatte im Wesentlichen seine Ziele erreicht, England nicht. Es hatte zu Anfang vor Allem, gebieterisch sogar, eine Theilung des Herzogthums Warschau verlangt, und siehe da, es hatte schließlich in Talleyrands Schlepptau ganz etwas Anderes, nämlich die Theilung Sachsens, zuwege gebracht. Es war

ein gegen Preußen feindlicher Geist, der dieses Reich Friedrichs des Großen im Westen wie im Osten zum Grenzwächter Deutschlands machte und seine Geschicke unauf lösbar mit denen aller übrigen deutschen Länder verflocht. Aber dieser Geist hat, wie wir hoffen dürfen, damals Preußen wie der gesammten deutschen Nation zum Heil gearbeitet.

England war fortan in Gesinnung, Sympathien und allgemeiner Richtung seiner Bestrebungen weniger der Verbündete Rußlands, Preußens und selbst Oestreichs als vielmehr Frankreichs oder richtiger der Bourbonen. Diese Dynastie zu pflegen und zu stützen war von jetzt an der eigentliche Zweck der britischen Festlandspolitik, so daß darüber jede andere Rücksicht in den Hintergrund trat.

Sehr eigenthümlich ist schließlich auch, wie die Polen dazu gekommen sind, sich für ihre Zwecke auf die Beschlüsse des wiener Congresses zu berufen. Der Kaiser Alexander hatte, indem er einzelne polnische Gebietstheile aufgab, die Hoffnung ausgesprochen, daß auch Oestreich und Preußen ihren polnischen Provinzen ständische Institutionen verleihen und die Nationalität der Polen berücksichtigen würden. Darauf hatte dann auch Lord Castlereagh, der die gänzliche Theilung Polens verlangte und parlamentarische Einrichtungen dort nicht dulden wollte, für angemessen erachtet, Erklärungen der drei Mächte, Rußlands, Preußens und Oestreichs, hervorzurufen, in denen sie die Absicht aussprachen, ihre polnischen Unterthanen mit Schonung ihrer Nationalität als Polen zu behandeln. Andererseits hatte sich der Fürst Metternich bemüht, den Beschluß herbeizuführen, daß man sich über die den Polen zu gebende Verfassung gemeinschaftlich verständigen wolle. Die Absicht war, die gefürchteten parlamentarischen Institutionen in dem Herzogthum Warschau auf das Maß eines harmlosen Landtagswesens nach östreichischem Zuschnitt zurückzuführen. Jene Erklärungen, diese Versuche, die nicht entfernt zu Gunsten der Polen unternommen wurden und überdies ohne irgendwelchen Erfolg blieben, sind es, worauf die polnischen Politiker sich später berufen haben, um darzuthun, daß man ihnen in Wien versprochen habe, sie sollten sich, obgleich unter drei verschiedene Staaten vertheilt, eines politisch einheitlichen Nationaldaseins erfreuen. In welcher Weise etwas Derartiges einzurichten sein möchte, haben sie freilich niemals vernehmen lassen.